

# Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 4/2017 – 19. Dezember 2017



## Inhalt

- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kinder und Jugendliche
- » Informationen zur Versorgung von Geflüchteten
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Rechtliches
- » Aus der DGVT
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine der Landesgruppen
- » DGVT-Kongress 2018

## Fach- und berufspolitische Informationen

---

- **Volkskrankheit Depression – So denkt Deutschland**  
Das Ende November veröffentlichte Deutschland-Barometer Depression offenbart eklatante Wissenslücken unter den Befragten über die Erkrankung Depression: oftmals werden Depressionen nicht als Erkrankung im medizinischen Sinne angesehen. Erfreuliches Ergebnis der Befragung ist, dass fast jeder Befragte (98,1 Prozent) angab, dass er eine Psychotherapie für eine wirksame Behandlung hält. Gegenüber Online-Angeboten zur Selbsthilfe besteht noch Skepsis. Die repräsentative Befragung zu Depressionen wurde vom Forschungszentrum Depression und der Stiftung Deutsche Depressionshilfe durchgeführt. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Erhöhtes Risiko für psychische Erkrankungen in Städten - Übersichtsarbeit der Uni Potsdam**  
Bereits heute lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten; bis zum Jahr 2050 wird sich dieser Anteil sogar auf gut zwei Drittel erhöhen, so eine Schätzung der Vereinten Nationen. Der Urbanisierung kommt damit eine wachsende Bedeutung zu - auch für die psychische Gesundheit, wie eine aktuelle Übersichtsarbeit zeigt. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

- Alkoholatlas erschienen**

Mit dem Alkoholatlas des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) liegt nun ein Überblick über die Verbreitung des Alkoholkonsums in Deutschland, über seine Folgen und die Spannweite der international diskutierten Handlungsoptionen vor. Damit stellt das Werk eine wichtige Grundlage auch für die Präventionsarbeit dar. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- Uni Frankfurt stellt Projekt vor: Suizidrate um ein Drittel senken**

Bei diesem Projekt spielen Hausärzte eine wesentliche Rolle. "Gerade Hausärzte sind häufig eine erste, niedrigschwellige Anlaufstelle für Patient\*innen mit suizidalen Gedanken", sagte Prof. Ferdinand Gerlach, Direktor des Frankfurter Instituts für Allgemeinmedizin, bei der Vorstellung des Projekts. "Wir wollen sie insbesondere bei der frühzeitigen Erkennung von Warnsignalen und bei der Therapie von Depressionen bestmöglich unterstützen." Das Projekt "Programm zur Prävention von Suiziden mittels evidenzbasierter Maßnahmen" (FraPPE) ruht auf sieben verschiedenen Säulen, die intern noch einmal in vier Teilprojekten zusammengefasst werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Stiftung Warentest veröffentlicht neuen PatientInnen-Ratgeber zur Psychotherapie: „Neue Ansprüche für gesetzliche Krankenversicherte“**

Seit April 2017 sollen neue Regelungen den Weg zum Psychotherapeuten erleichtern. Die größten Neuerungen der Reform: Eine psychotherapeutische Sprechstunde und eine Akutbehandlung. Auf eine längere Behandlung müssen Patienten allerdings weiter warten. test.de erklärt, welche Ansprüche Versicherte haben. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Stiftung Warentest hat noch einen weiteren PatientInnen-Ratgeber herausgegeben: „Mut zum Widerspruch“**

Versicherte können sich gegen Entscheidungen ihrer gesetzlichen Kranken- oder Pflegekasse mit einem Widerspruch wehren. Die Übersicht von Stiftung Warentest ist eine gute Handreichung für PatientInnen, insbesondere in der Kostenerstattung. Hier lehnen Kassen derzeit vermehrt Anträge auf Leistungsbewilligung ab. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- BMG veröffentlicht Ratgeber zur Krankenversicherung und Ratgeber Krankenhaus**

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat auf seiner Homepage den Ratgeber zur Krankenversicherung und den Ratgeber Krankenhaus als ePaper und zum Download veröffentlicht. Der Ratgeber Krankenversicherung soll helfen, sich in unserem Gesundheitswesen besser zurechtzufinden. Der Ratgeber Krankenhaus klärt Patient/-innen oder Angehörige über alle wichtigen Aspekte rund um das Thema Krankenhaus auf. Dazu gehören eine Einführung in die Krankenhauslandschaft in Deutschland sowie umfassende Informationen zu den Abläufen und Leistungen, die vor, während und nach einer Krankenhausbehandlung wichtig sind. Den Ratgeber Krankenversicherung finden Sie [hier](#) und den Ratgeber Krankenhaus finden Sie [hier](#).
- Stellungnahme des zentralen ADHS-Netzes zum Einsatz von Cannabis als ADHS-Medikation**

Nach Einschätzung der Leitungsgruppe des zentralen ADHS-Netzes überwiegen nach aktuellem Kenntnisstand die gesundheitlichen Risiken und Konsequenzen den tatsächlichen Nutzen von Cannabis zur Reduktion der ADHS-Symptomatik eindeutig. Aufgrund der gut belegten Nebenwirkungen kann die Leitungsgruppe den Einsatz von Cannabis als Therapeutikum bei diagnostizierter ADHS nicht empfehlen und weist auf die gut belegte Wirksamkeit vorhandener medikamentöser Therapieoptionen im Erwachsenenalter hin. Die Stellungnahme finden Sie [hier](#).
- Ergebnisbericht zur Cannabis-Studie veröffentlicht**

Am 28. November 2017 wurde der Ergebnisbericht der vom Bundesgesundheitsministerium geförderten Studie „Cannabis: Potential und Risiken. Eine wissenschaftliche Analyse (CaPRis)“ veröffentlicht. Die Studie wurde unter der Leitung von Privat-Dozentin Dr. rer. nat. Eva Hoch vom Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität München und Privat-Dozentin Dr. rer. nat. Miriam Schneider vom Institut für Entwicklungspsychologie und Biologische Psychologie der Universität Heidelberg durchgeführt. Sie fasst den aktuellen Forschungsstand zum Thema Cannabis zusammen. Im Rahmen der Studie wurden alle hierfür bedeutsamen in den letzten 10 Jahren in deutscher und englischer Sprache publizierten Daten und Forschungsarbeiten ausgewertet. Dargestellt werden sowohl die Risi-

ken des Cannabiskonsums zu Rauschzwecken als auch der Nutzen von Cannabinoiden zum medizinischen Gebrauch. Die Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

- **Studie "Ambulant betreute Wohngruppen. Bestandserhebung, qualitative Einordnung und Handlungsempfehlungen"**

Gefördert durch das Bundesministerium für Gesundheit und aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages wurde von der AGP Sozialforschung Social Research und der Hans-Weinberger-Akademie der AWO e.V. die Studie "Ambulant betreute Wohngruppen. Bestandserhebung, qualitative Einordnung und Handlungsempfehlungen" erarbeitet. Die Studie stellt die bundesweite und bundeslandspezifische Verbreitung, Typen und Qualitäten in ambulant betreuten Wohngemeinschaften dar. Zudem sind Handlungsempfehlungen zur Förderung von ambulant betreuten Wohngemeinschaften formuliert. Die Studie und weitere Informationen können [hier](#) eingesehen werden.
- **Studie: Profitdenken schlägt Patientenwohl**

Wäre das Patient\*innenwohl Maßstab und nicht ökonomische Erwägungen, gäbe es weniger Operationen und weniger Patient\*innen würden stationär aufgenommen: Das ist das Ergebnis einer Studie, die in Bremen vorgestellt wurde („Medizin im Krankenhaus zwischen Patientenwohl und Ökonomisierung - Ärzte und Geschäftsführer im Interview“). Am Bett eines Patienten dürfe nicht gerechnet werden, mahnen die Autoren. Die Realität sehe aber anders aus. Die Studie bestätigt, was eigentlich schon bekannt ist: Im Klinikalltag herrscht ein enormer ökonomischer Druck. Deshalb würden etwa Patient\*innen aufgenommen, ohne dass es medizinisch notwendig sei. Außerdem würden Patient\*innen „nicht selten“ aus rein wirtschaftlichen Gründen operiert. Fast alle Ärzte geben an, dass wirtschaftliche Interessen des Hauses sie häufig in ihrer täglichen Arbeit beeinflussen. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Weltärztebund verabschiedet neues ärztliches Gelöbnis**

Der Weltärztebund (WMA) hat den hippokratischen Eid für Ärzte modernisiert. Die Delegierten einigten sich auf ihrer Generalversammlung in Chicago auf eine überarbeitete Fassung des Genfer Gelöbnisses, das aus dem Jahr 1948 stammt. „Die Neufassung hebt nun stärker als zuvor auf die Autonomie des Patienten ab“, sagte Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, stellvertretender Vorsitzender des WMA. In der aktualisierten Fassung verpflichtet das Gelöbnis die Ärzte, medizinisches Wissen zum Wohl der Patienten und zur Förderung der Gesundheitsversorgung mit ihren Kollegen zu teilen. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Befragung zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie**

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten Forschungsverbundes »Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem« (ZVP) führt das Team um Prof. Tania Lincoln (DGVT-Mitglied) eine bundesweite anonyme Befragung sowohl von Betroffenen wie von psychiatrischen Pflegekräfte durch. Ziel ist es, die Anwendung von Maßnahmen zur Zwangsvermeidung umfassend zu untersuchen und Ausgangspunkte für eine Verbesserung der gegenwärtigen Praxis zu erlangen.

Psychisch erkrankte Menschen, die während eines stationären Aufenthaltes innerhalb der letzten fünf Jahre mit dem Einsatz von Zwangsmaßnahmen konfrontiert waren, finden einen Fragebogen [hier](#).

Der Fragebogen für psychiatrische Pflegekräfte, die seit mindestens einem Jahr auf einer Station mit Akutversorgung tätig sind und während ihrer Arbeit mit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen konfrontiert wurden, findet sich [hier](#). *Quelle: Psychosoziale Umschau 5.12.17*
- **Stellt die Psychiatrie zu viele Diagnosen?**

Die Zahl der registrierten psychischen Erkrankungen steigt seit Jahren kontinuierlich an. Nicht jedes Leiden sei aber auch tatsächlich eine Krankheit, sagt Andreas Heinz. Der Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Campus Charité Mitte in Berlin kritisierte im Deutschlandfunk, dass die diagnostische Erfassung psychischer Störungen immer kleinteiliger werde. Bedenklich findet Heinz etwa die »Tendenz, alles Mögliche als Suchterkrankung« zu benennen. Und auch die soziale Phobie sieht er eher als Leidenszustand denn als Krankheit. Das heiße aber nicht, dass diese Menschen nicht sehr von Psychotherapie profitieren würden.

Das Interview finden Sie [hier](#).

- Ethikrat fordert besseren Schutz von Gesundheitsdaten**

Geht es um „Big Data“ im Gesundheitsbereich, kommt man mit dem traditionellen Datenschutzrecht nicht weit. Zu diesem Urteil kommt der Deutsche Ethikrat in seiner Stellungnahme „Big Data und Gesundheit - Datensouveränität als informationelle Freiheitsgestaltung“. Er fordert ein Umdenken. „Im Gesundheitsbereich nutzen immer mehr Forscher, Firmen und Ärzte aus Big Data gewonnene Informationen“, schreibt der Ethikrat in einer Stellungnahme vom 30.11.17. „Zudem nimmt die individuelle Erfassung gesundheitsrelevanter Daten zu, zum Beispiel über die Apps von Mobiltelefonen und am Körper getragene Sensoren. (...) Wenn solche vielfältigen Daten verwertet werden, ermöglicht dies tiefe Einblicke in den aktuellen Gesundheitszustand, die Persönlichkeit sowie den Lebenswandel und erlaubt teilweise sogar Vorhersagen, etwa zur Krankheitsentwicklung.“ Um auch unter Big-Data-Bedingungen den Schutz und die Achtung von Werten wie Freiheit, Privatheit, Souveränität, Wohltätigkeit, Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung zu gewährleisten, empfiehlt der Ethikrat ein „an Datensouveränität orientiertes Gestaltungs- und Regulierungskonzept“. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- Inklusionstage – International 2017 in Berlin**

Am 4. und 5. Dezember 2017 fanden die Inklusionstage 2017 in Berlin statt, die unter dem Motto "Inklusionstage - International" vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales organisiert wurden. Die amtierende Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Barley betonte neben den Verbesserungen, die in der letzten Legislaturperiode z.B. mit dem Bundesteilhabegesetz und Novellierung des Bundesgleichstellungsgesetz geschaffen wurden, auch die anstehenden Aufgaben, wie die Novellierung des SGB VIII und die Chancen der Digitalisierung für Menschen mit Behinderung. Im Rahmen der Beiträge wurde ein Einblick zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aus unterschiedlichen Perspektiven gegeben. Z.B. von

  - o Yetnebersh Nigussie aus Äthiopien, die insbesondere die Gleichstellung von Frauen mit Behinderung anmahnte,
  - o Klaus Lachwitz (Präsident von Inklusion International), der u.a. die Korrektur der Deutschen Übersetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Abschaffung des Wahlrechtsausschlusses von Menschen mit Behinderung einforderte
  - o Prof. Dr. Theresia Degener (Mitglied des UN-Vertragsausschusses), die u. a. über die Möglichkeit von Individualbeschwerden und Untersuchungsverfahren berichtete.

Es soll noch eine Dokumentation geben, die allerdings noch nicht fertiggestellt ist. Wir werden im nächsten Newsletter berichten.
- Neue Zahlen zu HIV/AIDS in Deutschland veröffentlicht**

Anlässlich des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember 2017 hat das Robert Koch-Institut neue Zahlen zum HIV/AIDS-Geschehen in Deutschland veröffentlicht. Dazu erklärte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe: „Die Zahlen zeigen, dass wir mit unserer erfolgreichen Präventionsarbeit und den guten Behandlungsangeboten auf dem richtigen Weg sind. Deutschland gehört zu den Ländern mit den niedrigsten HIV-Neuinfektionsraten in Europa. Diese Anstrengungen müssen kraftvoll fortgesetzt werden mit dem Ziel, die Zahl der Ansteckungen weiter zu senken. Dazu gehört auch, über die Krankheit zu informieren und so Ängste und Unsicherheiten im Umgang mit HIV-infizierten Menschen abzubauen, damit ein vorurteilsloses Zusammenleben zur Selbstverständlichkeit wird.“ Im Jahr 2016 haben sich etwa 3.100 Menschen in Deutschland mit HIV infiziert, die Zahl der Neuinfektionen bleibt damit insgesamt gegenüber 2015 konstant. Die gesamte Pressemitteilung finden Sie [hier](#).
- Präventionsbericht - Kassen verfehlen Zielvorgaben des Präventionsgesetzes**

Text Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen haben im vergangenen Jahr mit fast 500 Millionen Euro einen neuen Höchststand erreicht. Pro Versichertem haben die Kassen laut dem am Mittwoch vorgestellten Präventionsbericht 6,64 Euro ausgegeben. Damit bleiben die Kassen hinter der Vorgabe des Präventionsgesetzes zurück, das sieben Euro Ausgaben für jeden Versicherten vorschreibt. Insbesondere bei Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten erreichen die Kassen den Zielwert des Gesetzgebers nicht. Zwar haben die Kassen mit rund 116 Millionen Euro ihre Ausgaben in diesem Handlungsfeld rund verdreifacht; dies entspricht 1,63 Euro je Versichertem. Das Präventionsgesetz fordert hier jedoch zwei Euro. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

- Positionen der KBV zur Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung**  
 Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat ein Positionspapier veröffentlicht zu den zentralen Herausforderungen der digitalen Vernetzung der Akteure im Gesundheitswesen: Ärzt\*innen und Psychotherapeut\*innen, Krankenhäuser, Apotheken, Krankenkassen, nichtärztliche Gesundheitsberufe und nicht zuletzt die Patient\*innen. Das Positionspapier der KBV finden Sie [hier](#).
- 15 Jahre DMP – Evaluation mit Luft nach oben**  
 Das Bundesversicherungsamt (BVA) sieht Nachbesserungsbedarf bei den Disease-Management-Programmen (DMP). Vor rund 15 Jahren – im Juli 2002 – starteten für Patienten mit Diabetes Typ 2 und Brustkrebs die ersten beiden DMP. BVA-Präsident Frank Plate verwies auf Defizite bei der Evaluation von DMP-Daten. Sie würden bisher nicht ausreichend für die Versorgungsforschung genutzt. "Man kann es sich nicht leisten, diesen einmaligen ‚Datenschatz‘ ungenutzt zu lassen", kritisierte Plate. Immerhin ist die elektronische Dokumentation der Daten, die der teilnehmende Arzt bei jeder Untersuchung eines DMP-Patienten vornehmen muss, seit 2008 verpflichtend vorgeschrieben. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- Durchführung einer Bestandsaufnahme von Interventionen (Modelle guter Praxis) zur Gesundheitsförderung und Prävention bei Menschen mit Behinderung**  
 Der GKV-Spitzenverband Bund der Krankenkassen hat unter Beteiligung der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen die Ergebnisse der „Durchführung einer Bestandsaufnahme von Interventionen (Modelle guter Praxis) zur Gesundheitsförderung und Prävention bei Menschen mit Behinderung“ veröffentlicht. Mit der vorliegenden Bestandsaufnahme wurde laut den Autoren ein Überblick von Modellen guter Praxis der Gesundheitsförderung und Prävention bei Menschen mit Behinderung im deutschsprachigen Raum erstellt und Handlungsempfehlungen für eine flächendeckende Ausbreitung von Interventionen identifiziert. Bei der Recherche wurde eine mangelnde Datenlage und Intransparenz zu bestehenden Interventionen für Menschen mit Behinderung jeglicher Art deutlich. Je komplexer die Beeinträchtigungen von Menschen mit Behinderung sind, desto schlechter werden sie von Interventionen der Gesundheitsförderung und Prävention erreicht. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- Zu wenig GefängnisärztInnen in deutschen Haftanstalten**  
 Das Ärzteblatt berichtet von einem gravierenden Mangel an ÄrztInnen in Haftanstalten. Auf den 3. Gefängnismedizin-Tagen – welche Anfang Dezember stattfanden – wurde dargestellt, dass die Gesundheitsversorgung in den Haftanstalten besonders schwierig ist, weil es immer mehr psychisch erkrankte Inhaftierte gibt. Parallel dazu wären viele Stellen von GefängnisärztInnen unbesetzt. Karlheinz Keppler, einer der Veranstaltungsleiter der Gefängnismedizin-Tage, betont, dass bis zu 25 % aller Stellen von GefängnisärztInnen unbesetzt wären (insgesamt sind nahezu 300 GefängnisärztInnen in deutschen Haftanstalten tätig). Als Gefängnisarzt/ärztin tätig zu sein bedeutet sicherlich grundlegend, für relativ schwieriges Klientel offen zu sein. Dass dies wenige ÄrztInnen sind, läge vor allem an der geringen Wertschätzung dieser Arbeit und einem vergleichsweise niedrigen Verdienst. Besonders prekär sei, dass besonders Psychiater fehlen. Die Versorgung von Strafgefangenen mit psychiatrischen Krankheiten sei eines der größten Probleme. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

## Kinder und Jugendliche

---

- Kinderschutzhotline von Fachleuten für Fachleute: 0800 19 210 00**  
 Falls ein Psychotherapeut den Verdacht hat, dass ein Kind misshandelt, vernachlässigt oder sexuell missbraucht wird, kann er sich seit Juli 2017 von der „Medizinischen Kinderschutzhotline“ beraten lassen. Die Hotline bietet eine praxisnahe und kollegiale Beratung durch Experten in Kinderschutzfragen, z. B. bei Fragen, wie ein angemessenes Verhalten bei einem Verdacht aussehen kann. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- Kinderuntersuchungsheft (Gelbes Heft) in englischer Sprache verfügbar**  
 Das Kinderuntersuchungsheft, auch Gelbes Heft genannt, mit Erläuterungen und Dokumentationsvorlagen für die Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9 steht seit Kurzem auch in englischer Sprache



als pdf-Datei zur Verfügung. Damit können Eltern oder andere Nutzer/-innen ohne Deutschkenntnisse, die jedoch Englisch verstehen, besser nachvollziehen, was im Gelben Heft dokumentiert wird und welche Untersuchungen für welches Kindesalter vorgesehen sind. Die ärztliche Dokumentation erfolgt allerdings weiterhin nur in der deutschsprachigen Fassung des Gelben Hefts, da dieses das offiziell gültige Dokument ist. Die englische Version finden Sie [hier](#).

- **Abschlussbericht des DJI-Projekts: "Kultur des Hinhörens - sexuelle Gewalt, Organisationsklima und Prävention in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe"**

Das Projekt „Kultur des Hinhörens“ des Deutschen Jugendinstituts (DJI) ging für stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe speziell zwei Fragestellungen nach:

1. Welche einrichtungsspezifischen Faktoren wirken sich positiv beziehungsweise hemmend auf die Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen aus, erlebte Übergriffe mitzuteilen?
2. Lässt sich mit Hilfe eines Präventionsprogramms die Kultur einer Einrichtung so verändern, dass die Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen, erlebte Übergriffe mitzuteilen, zunimmt und weiteren sexuellen Übergriffen vorgebeugt werden kann?

Die, in dem nun veröffentlichten Abschlussbericht, Antworten, Statistiken und Ergebnisse der Studie finden Sie [hier](#).

- **„Schule gegen sexuelle Gewalt“ - Bundesweite Initiative startet in Rheinland-Pfalz**

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig und der Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig, haben in Mainz die bundesweite Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ vorgestellt. „Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche macht uns fassungslos. Sie kommt häufiger vor als gemeinhin angenommen. Die Prävention von sexueller Gewalt ist deshalb ein wichtiges Thema gerade in Schulen. Lehrerinnen und Lehrer kennen ihre Schülerinnen und Schüler gut und sehen Veränderungen oft frühzeitig. Wir wollen unsere Lehrkräfte deshalb noch stärker sensibilisieren. Sie sollen wissen, an wen sie sich im Verdachtsfall wenden und wie sie behutsam und professionell mit ihren Schülerinnen und Schülern und deren Angehörigen umgehen können“, erklärte Hubig.

Mehr Informationen zu „Schule gegen sexuelle Gewalt“ finden Sie [hier](#).

- **Kinderarzneimittel in der EU: Bestandsaufnahme**

Am 26.10.2017 legte die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Fortschritte vor, die seit Inkrafttreten der Verordnung über Kinderarzneimittel vor zehn Jahren erzielt worden sind. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die positiven Entwicklungen im Bereich der Kinderarzneimittel, wie beispielsweise die Zulassung von 260 neuen Arzneimitteln, ohne diese EU-Vorschrift nicht möglich gewesen wären. Die Kinderarzneimittel-Verordnung ermöglicht außerdem hohe Investitionserträge. Der Bericht räumt jedoch auch ein, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, damit die Kinderarzneimittel-Verordnung und die Verordnung über Arzneimittel zur Behandlung seltener Krankheiten gemeinsam ihre Wirkung im Hinblick auf die Behandlung seltener Krankheiten bei Kindern entfalten können. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

- **Kinder suchtkranker Eltern brauchen Unterstützung Online Qualifizierungsmodul soll Fachleute sensibilisieren und das Hilfesystem vernetzen**

Knapp drei Mio. Kinder und Jugendliche in Deutschland haben mindestens einen suchtkranken Elternteil, davon 2,65 Millionen mit der Diagnose Alkoholmissbrauch oder – Abhängigkeit, 60.000 mit einem opiatabhängigen Elternteil und 37.500 bis 150.000 glücksspielsüchtige Eltern.. Deshalb haben der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg und die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Uniklinikums Ulm für Fachkräfte aus dem Gesundheitssystem bzw. der Suchtberatung und der Kinder- und Jugendhilfe ein internetbasiertes Schulungsmodul entwickelt. So können mögliche Belastungen bzw. (Entwicklungs-)Gefährdungen der Kinder suchtkranker Eltern schneller erkannt und sie durch die Vernetzung bestehender Angebotsstrukturen im Hilfesystem aufgefangen werden. In die Entwicklung wurden vier Suchtberatungsstellen an den Standorten Stuttgart, Mannheim, Rastatt und Tuttlingen einbezogen. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Gesundheit gefördert. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

# Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

---

- **Dossier zur Migrations- und Entwicklungspolitik gegenüber Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeländern**

Das Dossier versucht einen nicht bewertenden Überblick über die zentralen entwicklungs- und migrationspolitischen Initiativen und Programme, die auf vor allem europäischer Ebene getroffen worden sind, zu geben. Dabei stehen die Entwicklungen seit 2015 im Vordergrund. Besonders auf europäischer Ebene zeigt sich, dass Migrationspolitik in den Fokus der internationalen Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten gerückt ist. So wird abschließend ein Blick auf zwei Fokusbänder der Zusammenarbeit – Niger und Nigeria – gelegt. Das Dossier finden Sie [hier](#).

- **AMIF: Sensibilisierungsprojekte zur Hervorhebung des positiven Beitrags von Migrant/innen**  
Die EU-Generaldirektion Migration und Inneres schreibt im Rahmen des Asyl- und Migrationsfonds (AMIF) einen Aufruf zum Thema „Sensibilisierung in Bezug auf den Beitrag von Migrant/innen für die EU-Gesellschaften“ aus. Die Einreichfrist endet am 01.03.2018

Die Ziele dieses Aufrufteils sind:

1. Unterstützung von Sensibilisierungsprojekten, um den positiven Beitrag von Migrant/innen zu unseren Gesellschaften hervorzuheben;
2. Vermittlung realer Fakten über Migration und Integration;
3. Bekämpfung von Stereotypen;
4. Leistung eines Beitrags, Drittstaatsangehörigen in der öffentlichen Debatte eine Stimme zu geben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Angestellte

---

- **PTK Hessen veröffentlicht FAQ zur Eingruppierung im TVöD**

Die hessische Psychotherapeutenkammer informiert in einer sehr ausführlichen „FAQ-Tabelle“ über die veränderte Eingruppierung von PP/KJP im TVöD-Kommunal. Karl-Wilhelm Höffler (Landessprecher unseres Verbands in Hessen und Mitglied im Vorstand der PTK Hessen) hat diese Übersicht erstellt. Die Tabelle stellt eine „Work in Progress“ dar. Rückmeldungen zu Erfahrungen und Problemen, insbesondere bei einem ablehnenden Statement zu einem Antrag auf Höhergruppierung, sind gerne an Karl-Wilhelm Höffler zu richten. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

- **Tarifeinheitengesetz: Schulterchluss der Gewerkschaften**

Der Marburger Bund (MB) und ver.di wollen künftig alle Tarifverträge in Krankenhäusern mit einer Klausel ausstatten, die eine gegenseitige Verdrängung ausschließt. Anders gesagt: Arbeitgebern wird die Möglichkeit entzogen, die Gewerkschaften auf Kosten der Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, geben die beiden Organisationen bekannt. Dies ist eine Reaktion auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juli, wonach das sog. Tarifeinheitengesetz weitgehend bestätigt wird: Im Konkurrenzfall schlägt der Tarifvertrag für die Mehrheit der Beschäftigten in einem Betrieb den Minderheitstarif. *Quelle: OPG – Operation Gesundheitswesen, Ausgabe 29 2017*

- **Arbeitsfelder angestellter Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten – attraktiv für die Zukunft? Gestaltungsspielräume für die betriebliche Interessenvertretung**

**Fachtagung am 7. Dezember 2017 in Berlin**

Angestellte Psychologische Psychotherapeut/innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/innen (PP/KJP) fordern Anerkennung und angemessene Bezahlung für ihre verantwortungsvolle Arbeit. Das machten die rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Fachtagung, die in Kooperation von ver.di und Bundespsychotherapeutenkammer am 7. Dezember 2017 in Berlin stattfand, deutlich. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

# Niedergelassene

---

- **Terminvermittlung durch TSS künftig auch für Richtlinien-Psychotherapie**

Die KBV hat uns Mitte November mit einer Information überrascht, dass sich PatientInnen nach einem Entscheid des Bundesschiedsamts künftig auch dann an die Terminservicestelle (TSS) der KVen wenden können, wenn sie dringend eine Richtlinien-Psychotherapie benötigen. Voraussetzung ist, dass ein Therapeut auf der individuellen Patienteninformation (PTV 11) eine zeitnahe Behandlung empfohlen hat. Auf die Erweiterung der Terminvermittlung hatte der GKV-Spitzenverband gedrängt. Er wollte ursprünglich erreichen, dass die Servicestellen ohne bestimmte Voraussetzungen sämtliche Termine für probatorische Sitzungen und damit für die Richtlinien-Psychotherapie vermitteln müssen. Die KBV lehnte dies mit Hinweis auf die gesetzlichen Regelungen ab, weshalb schließlich das Bundesschiedsamt eingeschaltet werden musste. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Bedarfsplanungs-Richtlinie: G-BA ändert Nachbesetzungsverfahren bei ärztlichen Psychotherapeuten – 85 neue Sitze im Ruhrgebiet**

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat am 17. November 2017 Regelungen zur Privilegierung von Psychosomatikern bei der Nachbesetzung von ärztlichen Psychotherapeuten-Sitzen beschlossen: Bewerben sich mehrere Personen auf einen zu besetzenden oder durch partielle Entsperrung freiwerdenden Sitz eines ärztlichen Psychotherapeuten, sollen Psychosomatiker künftig bevorzugt werden. Mit diesen Änderungen der Bedarfsplanungs-Richtlinie (BPL-RL) will der G-BA die Grundlage für eine ausgewogenere Verteilung von Subspezialitäten innerhalb der ärztlichen Psychotherapeutischen Versorgung schaffen.

Bei der Bedarfsplanung für Psychotherapeuten im Ruhrgebiet geht der G-BA davon aus, dass das Versorgungsniveau im Ruhrgebiet nicht voll entwickelt war, als die Gruppe der Psychotherapeuten 1999 in die Bedarfsplanung aufgenommen wurde. Das Versorgungsniveau wird deshalb angepasst. Damit entstehen ohne Übergangsregelungen etwa 85 Zulassungsmöglichkeiten.

Die Änderungen müssen zunächst noch vom Bundesministerium für Gesundheit geprüft werden. Sofern das Bundesministerium für Gesundheit die Beschlüsse nicht beanstandet, treten sie am Tag nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Die geänderte Bedarfsplanungs-Richtlinie finden Sie in Kürze [hier](#).
- **Abrechnung: Aktualisierte EBM-Übersicht (Stand 4. Quartal 2017)**

Für unsere niedergelassenen Mitglieder stellen wir Informationen und Formulare zur Abrechnung zur Verfügung: Unsere GOP-Übersicht und unsere aktualisierte EBM-Übersicht (Stand 4. Quartal 2017) geben einen schnellen Überblick über abrechenbare Ziffern, eine kurze Leistungsbeschreibung, die Bewertung in Punkten und in Euro. Die Übersichten finden Sie in unserem internen Mitgliederbereich unter <https://www.dgvt-bv.de/mitgliederbereich> unter der Rubrik „Niedergelassene“ → Mustervorlagen.
- **Allgemeine Hinweise rund um den Honorarwiderspruch**

Für unsere Mitglieder mit neuer KV-Zulassung und für „Neu-Einsteiger“ in Sachen Honorarwiderspruch stellen wir die grundsätzliche Systematik der Honorarbescheide und Honorarwidersprüche dar und beantworten die häufigsten Fragen. Unsere „Allgemeinen Hinweise rund um den Honorarwiderspruch“ finden Sie in unserem internen Mitgliederbereich unter <https://www.dgvt-bv.de/mitgliederbereich> unter der Rubrik „Niedergelassene“ → Honorarwiderspruch.
- **Zentralinstitut für Kassenärztliche Versorgung (Zi) stellt überarbeitete Kodierhilfe für VertragsärztInnen bereit**

Seit dem Jahr 2000 sind Vertragsärzte gesetzlich verpflichtet, Diagnosen nach der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme in der jeweils gültigen deutschen Fassung (ICD-10-GM) zu verschlüsseln. Das Zi erarbeitet seit 2009 eine unabhängige Kodierhilfe, um Ärzte/Psychotherapeuten bei der Suche nach dem sachgerechten ICD-10-Kode zu unterstützen. Sie umfasst eine Wissensbasis mit Kriterien und Hinweisen zur Kodierung, welche die Angaben aus dem ICD-10-GM und des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information ergänzen. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Kostenerstattung

---

- **Kassenwatch.de: DGVT-Berufsverband stärkt die Unterstützung für Mitglieder in der Kostenerstattung mit interaktivem Meldesystem zu Schwierigkeiten mit den Krankenkassen**  
Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Kostenerstattung, nicht erst seit der Reform vom 01.04. gibt es immer wieder Schwierigkeiten in der Beantragung und Abrechnung von Therapien über das Kostenerstattungsverfahren. Seit diesem Datum hat sich die Situation derart verschärft, dass langwierige Antragsverfahren mit Ablehnungen und Widersprüchen eher die Regel als die Ausnahme geworden sind. Die Verantwortlichen zeigen wenig Interesse an „Einzelfällen“ und scheinen rechtliche Auseinandersetzungen billigend in Kauf zu nehmen. Dazu fühlen sich die psychisch belasteten Menschen, die in den Kostenerstattungspraxen Hilfe suchen, meist nicht in der Lage. Sie geben es auf, ihr Recht auf Psychotherapie vor der Kasse durchzusetzen. Alle Informationen, Schriftwechsel und Argumentationen der Patienten, Therapeuten aber auch Krankenkassen erreichen erst gar nicht die zuständigen Dienstaufsichtsbehörden oder Gerichte. So kommt es in der Regel erst gar nicht dazu, dass die Kassen sich mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob ihre Ablehnung tatsächlich rechtmäßig war. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Presseinformation: Mogelpackung Psychotherapie-Reform: Wenn Psychotherapeuten nicht helfen dürfen - und die Krankenkassen das als Erfolg darstellen**  
25 Rückmeldungen aus privaten Praxen in ganz NRW, die unsere DGVT-BV-Kassenwatch-Projektbeauftragte Felicitas Bergmann eingeholt hat, zeigen, dass es sich bei den Problemen um alles handelt, nur um eines nicht: Bedauerliche Einzelfälle. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Informationen für unsere Mitglieder: Basics „Psychotherapie in der Kostenerstattung“**  
Unser aktualisierter Foliensatz geht auf grundlegende Fragen der Führung einer Privatpraxis im Rahmen der Kostenerstattung ein und bietet Erläuterungen zu den Auswirkungen der Reform der Psychotherapie-Richtlinie auf die Kostenerstattung. Zudem enthält das Dokument viele praktische Tipps zur Umgehungsweise mit schwierigen Antragsituationen bei den einzelnen Krankenkassen. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **„Treffpunkt Kostenerstattung“ beim DGVT-Kongress 2018 in Berlin – Terminankündigung**  
Das Kassenwatch-Team des DGVT-Berufsverbands und Projekt-Beauftragte Felicitas Bergmann laden ein zum Informationsaustausch zur Psychotherapie in der Kostenerstattung (neue Strategien im Umgang mit den Krankenkassen, Projekt „Kassenwatch“, aktuelle rechtliche Infos).  
Angeboten werden zwei Termine (inhaltlich identisch) im Rahmen des DGVT-Kongresses:  
Donnerstag, 1. März 2018, 16.15 – 17.00 Uhr (nach den Symposien)  
Samstag, 3. März 2018, 16.15 – 17.00 Uhr  
Interessierte sind herzlich eingeladen. Der Raum wird vor Ort (FU Berlin) angekündigt.

# Rechtliches

---

- **Kassen sind zu fristgerechter Bearbeitung verpflichtet**  
§13 Abs. 3a Satz 1 SGB V besagt, dass „die Krankenkasse [...] über einen Antrag auf Leistungen zügig, spätestens bis zum Ablauf von 3 Wochen nach Antragseingang oder in Fällen, in denen eine gutachtliche Stellungnahme, insbesondere des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (Medizinischer Dienst), eingeholt wird, innerhalb von 5 Wochen nach Antragseingang zu entscheiden [hat].“ Nach Klage zweier Versicherten, die nach einer starken Gewichtsabnahme einen Antrag auf Hautstraffung gestellt hatten und mehr als 8 Wochen auf eine Antwort der Kasse warteten, die sich dann entschied nicht zu zahlen, hat das Bundessozialgericht (BSG) den Klägerinnen Recht gegeben und somit diese eindeutige Ansage des Gesetzgebers bestätigt. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).  
*Quelle: OPG – Operation Gesundheitswesen, Ausgabe 29 2017*

- BpTK: Reform des Psychotherapeutengesetzes noch in dieser Legislaturperiode**  
 Der 31. Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) in Berlin forderte den Deutschen Bundestag auf, die Reform des Psychotherapeutengesetzes noch im Jahr 2018 zu verabschieden. In einer intensiven Debatte befasste sich der DPT am 18. November 2017 in Berlin außerdem mit den gesellschaftlichen Veränderungen infolge der Digitalisierung und deren Konsequenzen für die psychotherapeutische Versorgung. Die Delegierten appellierten an eine künftige Bundesregierung darüber hinaus, sich für eine Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen im ambulanten, stationären und sektorenübergreifenden Bereich einzusetzen. Die Delegierten forderten schließlich nachdrücklich eine angemessene Vergütung psychotherapeutischer Leistungen. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- Neue Praxis-Info "Patientenrechte" - BpTK gibt Handlungsempfehlungen für den Praxisalltag**  
 Die Bundespsychotherapeutenkammer informiert in ihrer Praxis-Info "Patientenrechte" über die zentralen rechtlichen Anforderungen, die sich insbesondere aus dem Patientenrechtegesetz ergeben. Die Broschüre enthält dabei konkrete Handlungsempfehlungen für Psychotherapeuten. Die behandelten Themen reichen vom Abschluss des Behandlungsvertrages über die Aufklärung und Information des Patienten sowie die Dokumentation in einer Patientenakte und deren Einsichtnahme bis hin zur Aufbewahrung nach Abschluss der Behandlung. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- Mündliche Verhandlung in Sachen „Fixierung im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Unterbringung“ am Dienstag, 30. Januar 2018 und am Mittwoch, 31. Januar 2018**  
 Das Bundesverfassungsgericht wird am 30. Januar 2018, und am 31. Januar 2018 über zwei Verfassungsbeschwerden verhandeln, welche die Anordnung von Fixierungen im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus zum Gegenstand haben. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Änderung Personenstandsgesetz: Weiblich, männlich, divers**  
 Aus juristischer Sicht handelt es sich um eine kleine bürokratische Änderung, die in dem Personenstandsgesetz (PStG) umgesetzt werden muss. Für die Betroffenen kommt es einer Revolution gleich: Das Bundesverfassungsgericht hat am 10.10.2017 entschieden, dass die derzeitige Regelung, die in dem Geburtenregister nur eine Zuordnung zu dem weiblichen oder männlichen Geschlecht vorsieht und keine dritte Möglichkeit bietet, ein Geschlecht positiv eintragen zu lassen, einen ungerechtfertigten Eingriff in Grundrechte der Betroffenen darstelle.  
 § 22 Abs. 3 PStG sieht vor, dass kein Geschlecht einzutragen ist, wenn eine Zuordnung zu dem weiblichen oder männlichen Geschlecht nicht möglich ist. Mit dem Eintrag „fehlende Angabe“, so die Richter, werde nicht hinreichend Rechnung getragen, dass sich die betroffenen Personen nicht als geschlechtslos oder keiner der Kategorien „weiblich“ oder „männlich“, sondern vielmehr als einem weiteren Geschlecht zugehörig fühlen. Der Beschluss erging mit sieben zu einer Richterstimme.
- Datenschutz auch für Praxen in neuem Gewand**  
 Die Schonfrist läuft aus: In rund sechs Monaten greift die EU-Datenschutz-Grundverordnung. Die Bundesregierung hat das Datenschutzgesetz bereits angepasst. Damit warten auf Praxen einige Änderungen.  
 Abwarten? – das kann für Arztpraxen in Sachen EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) keine Alternative mehr sein. Zwar sind sich selbst viele Experten noch unsicher, wie streng die neue Verordnung im Alltag letztlich ausgelegt werden wird. Dennoch drängt die Zeit. Am 25. Mai 2018 endet die Übergangsfrist, bis zu der die EU-Verordnung im nationalen Recht der Mitgliedsstaaten angewendet werden muss. Von diesem Moment an können auch die – deutlich strengeren – Sanktionen verhängt werden. Grund zur Panik besteht für Praxen allerdings nicht. Es gibt zwar einige Neuerungen, in vielen Fällen ist die neue Verordnung aber einfach ein guter Anlass, die gängige Praxis im Umgang mit Patientendaten zu überprüfen.  
*Quelle: Ehlers, Ehlers & Partner, EEP-Nachrichten Aktuelle Informationen aus dem Medizinrecht*  
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Verletzung von Privatgeheimnissen - Neuregelung des § 203 StGB**  
 Bislang war ein Offenbaren der dem Arzt anvertrauten Geheimnisse und Daten – ohne Einwilligung des Patienten – nur gegenüber „berufsmäßig tätigen Gehilfen“ straflos möglich, dies gilt nunmehr auch gegenüber „sonstigen mitwirkenden Personen“. Dies ist eine solide Grundlage für die Einbeziehung von Dienstleistern. Damit ist nicht nur externen IT-Wartungsdienstleistern die Möglichkeit ein-

geräumt, für Ärzte oder andere Berufsgeheimnisträger tätig zu werden, sondern auch Versicherungs- und Krankenhausgesellschaften nun eine wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeit der Datenverarbeitung einschließlich IT-Outsourcing und Cloud-Lösungen etc. möglich. Dies gilt, soweit das „Offenbaren“, also die Datenweitergabe, Dateneinsicht für die Inanspruchnahme der Tätigkeit der sonstigen mitwirkenden Person erforderlich ist. Die Neuregelung eröffnet damit breite Anwendungsmöglichkeiten für die Inanspruchnahme von IT-Dienstleistungen für Berufsgruppen und Branchen, denen dies bis dato nicht rechtssicher möglich war. Zusätzlich sieht diese Vorschrift eine Strafbarkeit des ursprünglichen Berufsgeheimnisträgers dann vor, wenn dieser „nicht dafür Sorge getragen hat, dass eine sonstige mitwirkende Person (...) zur Geheimhaltung verpflichtet wurde“.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

## Aus der DGVT

---

- **Stellungnahme von DGVT und DGVT-BV: Des Kaisers neue Kleider - Das Schweigekartell über die psychotherapeutische Unterversorgung hält an**

Die Lage der psychotherapeutischen Versorgung ist Thema der ganz aktuell von der DGVT veröffentlichten Pressemitteilung "Des Kaisers neue Kleider - Das Schweigekartell über die psychotherapeutische Unterversorgung hält an". Wir müssen uns jetzt nochmals deutlich bemerkbar machen bei den Kassen und bei der Politik. Nach einer aktuellen Umfrage unter Mitgliedern der DGVT, die in Privatpraxen tätig sind, zeichnet sich eine schwierige Lage für die KollegInnen in der Kostenerstattung und gleichzeitig für die betroffenen PatientInnen ab, die aufgrund der zahlenmäßig schlechten Versorgung in NRW auf einen Therapieplatz warten. Psychisch kranke Menschen warten im Ruhrgebiet durchschnittlich 8 Monate auf eine psychotherapeutische Behandlung, 2 Monate länger als im Bundesdurchschnitt (d.h. 6 Monate), hat die Bundespsychotherapeutenkammer am Wochenende anlässlich des Deutschen Psychotherapeutentags in Berlin veröffentlicht.

Die Stellungnahme finden Sie [hier](#).

- **Stellungnahme von DGVT und DGVT-BV: Betroffene brauchen Schutz und Verlässlichkeit: DGVT ist besorgt über Antragsbearbeitung beim „Fonds sexueller Missbrauch“**

Nach einer Welle von Berichten Betroffener beschloss die Bundesregierung im März 2010 die Einrichtung eines Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ (Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch). Im November 2011 legte dieser seinen Abschlussbericht vor. Er empfahl darin die Einrichtung eines Ergänzenden Hilfesystems für Personen, die in ihrer Kindheit oder Jugend sexuellen Missbrauch erlitten haben und noch heute an diesen Folgewirkungen leiden. Zur Umsetzung dieser Empfehlung wurde zum 1. Mai 2013 der „Fonds Sexueller Missbrauch“ eingerichtet.

Mit Sorge nehmen die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) und ihr Berufsverband Psychosoziale Berufe (DGVT-BV) zur Kenntnis, dass sich die Antragstellung und die Bearbeitung von Anträgen offenbar nicht ausreichend am Schutzbedürfnis der ohnehin schon schwer belasteten Betroffenen orientiert. Die vollständige Stellungnahme finden Sie [hier](#).

- **Resolution von DGVT und DGVT zur Ausbildungsreform**

In einer Resolution zur Reform der Psychotherapeutenausbildung fordert der 31. Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) ohne Gegenstimme die Weiterentwicklung des BMG-Arbeitsentwurfs auf der Grundlage der Beschlüsse des DPT und unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Bundespsychotherapeutenkammer (BptK) vom 02.11.2017. Es wird an die in Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung stehenden Parteien appelliert, das Reformvorhaben in den Koalitionsvertrag aufzunehmen und in der anstehenden Legislaturperiode zum Abschluss zu bringen.

Die Resolution finden Sie [hier](#).

- **Seminar "Haftungsfallen in der Psychotherapie – Behandlungsfehler, Aufklärung und Darstellung in der Öffentlichkeit: Was ist zu beachten?" in München am 05.12.2017**  
Am 05.12.2017 fand in den Räumen des Ausbildungszentrums München ein Seminar zum Thema Haftungsrecht in der Psychotherapie statt. Schwerpunkt der Veranstaltung waren insbesondere Fragen des Behandlungsfehlers, aber auch der ungenügenden Aufklärung und der Herausforderungen, die moderne Medien und die Darstellung im Internet mit sich bringen. Als Referenten konnten wir hierfür Herrn Dr. Rybak, Partner bei der Rechtsanwaltskanzlei Ehlers, Ehlers & Partner in München gewinnen. Den Bericht finden Sie [hier](#).
- **Sozialministerium Baden-Württemberg - Männergesundheit im Fokus**  
Baden-Württemberg will seine Gesundheitsberichterstattung geschlechterspezifisch fortentwickeln. Das hat das Sozialministerium in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Fraktion im Landtag erklärt. Dabei soll die Jungen- und Männergesundheit ein Fokus sein. Das Landesgesundheitsamt habe dafür neue Indikatoren für Männergesundheit erstellt. Im Gesundheitsatlas Baden-Württemberg sollen Daten bis auf die Ebene der 44 Stadt- und Landkreise erfasst werden. Dies soll es auch ermöglichen, Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention stärker als bisher an einzelnen Zielgruppen zu orientieren. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Daten für die Arbeit vor Ort: 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen**  
Gleichstellungsministerin Cornelia Rundt hat im Rahmen ihrer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2017 auf dem Opernplatz in Hannover den regionalisierten „3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen“ vorgestellt. Er dient der Standortbestimmung, an welcher Stelle die Gemeinden und Kreise in Niedersachsen gleichstellungspolitisch stehen. Erneut wird in den vier Bereichen Partizipation, Bildung und Ausbildung, Arbeit und Einkommen und Lebenswelt durch 28 Indikatoren die gleichstellungspolitische Lage in den niedersächsischen Landkreisen, kreisfreien Städten, der Stadt und der Region Hannover veranschaulicht. Zudem wird die Entwicklung von 2008 im Vergleich zu 2015/2016 dargestellt. Der Atlas eröffnet die Chance, von denjenigen Kommunen zu lernen, die auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichberechtigung schon ein gutes Stück vorangekommen sind. Zugleich wird sichtbar, wo weitere Schritte im Wettbewerb um den Standortfaktor Gleichstellung vonnöten sind. Den Gleichstellungsatlas finden Sie [hier](#).
- **KV Rheinland-Pfalz fördert ab 1. Januar Fort- und Weiterbildungen für Gruppentherapien**  
Gruppentherapien rücken bei der KV Rheinland-Pfalz weiter in den Fokus. Bei der jüngsten Vertreterversammlung in Mainz haben die Delegierten beschlossen, niedergelassenen Psychotherapeuten und Ärzten künftig Fördermittel von bis zu 2500 Euro für Fort- und Weiterbildungen zur Gruppenpsychotherapie zur Verfügung zu stellen. Möglich ist dies ab 1. Januar 2018. Im kommenden Jahr werden dafür insgesamt 250.000 Euro bereitgestellt. Die Mittel können für direkte Fort- und Weiterbildungskosten, zum Beispiel Seminargebühren und Supervisionskosten, beantragt werden. Fördermittel beantragen kann, wer mindestens einen halben Versorgungsauftrag hat. Während eines Übergangszeitraums bis zum 30. Juni 2018 ist auch eine Förderung bereits begonnener Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen möglich. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (1. Teilhabestärkungsgesetz) in Schleswig-Holstein**  
Das Land Schleswig-Holstein hat den Entwurf des Ausführungsgesetzes zum SGB IX unter dem Namen „1. Teilhabestärkungsgesetz“ (1. TSStG) veröffentlicht. Entsprechend dem Entwurf sollen die 11 Landkreise, 4 kreisfreien Städte und das Land als Träger der Eingliederungshilfe benannt werden. Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung soll in der Vertragskommission bei der Erarbeitung und Beschlussfassung der Landesrahmenverträge gemäß § 131 Absatz 2 SGB IX als legitimer Vertreter zugelassen werden (§ 4 des 1. TSStG). In den Arbeitsgemeinschaften zur Förderung der Weiterentwicklung der Strukturen der Eingliederungshilfe nach § 94 (5) SGB IX werden andere Vertreter/-innen der Menschen mit Behinderung zugelassen (§ 3 des 1. TSStG). Allerdings wird in der

Begründung zum Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen, dass diese Arbeitsgemeinschaft Beschlüsse gegen die Träger fassen können und dürfen.

Die erste Lesung im Landtag wird am 15.12.2017 stattfinden. Eine Verabschiedung des Gesetzes ist für das erste Quartal 2018 geplant. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine – DGVT-Fortbildung

---

- **8. Sommerakademie Spiritualität und Sinnsuche in der Psychotherapie**  
21.-23. Juni 2018 in Rostock-Warnemünde.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotraumatologie im Kindes- und Jugendalter**  
Start der Reihe: 18.-20. Januar 2018 in Münster.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Posttraumatische Verbitterungsstörung und Weisheitstherapie**  
Referent: Kai Baumann; 02.-03. Februar 2018 in Münster  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Impact Therapy**  
Referentin: Eva Barnewitz; 10.-11. Februar 2018 in Konstanz  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **EMDR bei Kindern**  
Referentin: Annette Kissenbeck; 23. Februar 2018 in Essen  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Zusatzqualifikation in EMDR**  
Start der Reihe: 23.-24. Februar 2018 in Münster.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Das kommt mir Spanisch vor! Besonderheiten in der Therapie von PatientInnen mit Migrationshintergrund**  
Referentin: Solange Otermin; 24.-25. Februar 2018 in Frankfurt a. M.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schematherapie – Einführungsworkshop**  
ReferentInnen: Christina Archonti & Roberto D' Amelio; 09.-10. März 2018 in München.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Systemisches Handeln in Therapie, Beratung, Coaching und Supervision**  
Start der Reihe: 10.-11. März 2018 in München.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychosenpsychotherapie (DGVT)**  
Start der Reihe: 10.-11. März 2018 in München.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
  
- **48. EABCT-Kongress**  
5. - 8. September 2018 in Sofia / Bulgarien.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine – DGVT-BV-Fortbildung

---

- **Approbation – was nun?**  
Referentin: Kristin Pfeifer; Nächster Termin: 21. April 2018 in Stuttgart  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kostenerstattung**  
Nächster Termin: Voraussichtlich Sommer 2018.



Gerne nehmen wir Ihre Kontaktdaten in unsere Interessentenliste auf und informieren Sie, sobald der Seminartermin festgelegt und die Anmeldung möglich ist. Bitte schreiben Sie uns hierfür kurz eine E-Mail an [fortbildung@dgvb-bv.de](mailto:fortbildung@dgvb-bv.de).  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Praxisgründung**  
Referent: Benedikt A. Groh; Nächste Termine: 26. Mai 2018 in München, 9. Juni 2018 in Frankfurt am Main  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**  
Referenten: Thomas Cerny & Johann Schaffer (Rinner & Partner)  
Nächster Termin: Voraussichtlich Winter 2018.  
Gerne nehmen wir Ihre Kontaktdaten in unsere Interessentenliste auf und informieren Sie, sobald der Seminartermin festgelegt und die Anmeldung möglich ist. Bitte schreiben Sie uns hierfür kurz eine E-Mail an [fortbildung@dgvb-bv.de](mailto:fortbildung@dgvb-bv.de).  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine der Landesgruppen

---

- **Berlin**  
Vortrags-Veranstaltung "Die Psychotherapeutische Praxis – gut angestellt!?" mit Rechtsanwältin Dr. Heike Alps und Rechtsanwältin Monika Birnbaum (Kanzlei FPS, Berlin) am **Donnerstag, 11.01.18** von **19:00 - 21:30 Uhr** im **Hotel Aquino**, Tagungszentrum Katholische Akademie, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin-Mitte. Themen: *Praxis-Kooperation – Eine Praxis zusammen mit anderen (Untervermietung an einen selbstständigen Dritten; Anstellung eines Arbeitnehmers; Korrekte Gestaltung der Beauftragung eines freien Mitarbeiters); Die Tücken der „Scheinselbstständigkeit“; Befristung/Arbeitsvertrag (Formerfordernis und Zeitpunkt der Unterschrift; Erklärungen zur sachgrundlosen Befristung?)*. Frau Basqué und Frau Rohe (niedergelassene Psychotherapeutinnen) werden Ihnen Tipps aus der eigenen Praxis für die Praxis geben. Die Veranstaltung ist zur Akkreditierung bei der Psychotherapeutenkammer Berlin angemeldet. Die Teilnahmegebühr beträgt 20 Euro für DGVb(-BV)-Mitglieder sowie 30 Euro für Nichtmitglieder. Bitte melden Sie sich per Anmeldeformular bis zum 07. Januar 2018 an. Weitere Informationen und Anmeldung finden Sie [hier](#).
- **Nordrhein-Westfalen**  
Die Landesgruppe der DGVb hatte sich am 10.11.2017 zu einem Treffen zusammengefunden, um die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre auszuwerten und die weitere Arbeit in NRW zu planen. Wir hatten die Aktiven der DGVb nach Krefeld eingeladen, um eine bessere Koordination unserer Aktivitäten und eine Perspektive für die Landesgruppenarbeit anzusprechen. Die Landesgruppe war aufgefordert, sich damit zu befassen, was in Zukunft von LandesprecherInnen erwartet wird und welche Mitglieder bereit sind, diese Aufgabe zu übernehmen. Es wurde bei dem Treffen die Erwartung formuliert, dass neue LandesprecherInnen den Service für die Mitglieder in NRW nach vorne bringen. Die DGVb soll näher an die Mitglieder heranrücken. Im nächsten Jahr sollen auf einer regionalen Mitgliederversammlung neue LandesprecherInnen gefunden werden.  
Die regionale Mitgliederversammlung findet statt am Mittwoch, 14.3.2018 um 19 Uhr in Dortmund, Ausbildungszentrum DGVb, Chemnitzer Straße 31, 44139 Dortmund.  
Wir laden dazu hiermit ein und bitten InteressentInnen für die Mitarbeit in der Landesgruppe, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Im Jahr 2019 stehen wieder Kammerwahlen in NRW an, die rechtzeitig vorzubereiten sind. Dazu suchen wir wieder viele MitstreiterInnen. Bei der letzten Kammerwahl waren wir so erfolgreich, dass wir mit unserer DGVb-Fraktion den Präsidenten und einen Beisitzer im Vorstand stellen konnten. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen.

## Und last not least:

---

- **30. Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung**  
vom 28. Februar bis zum 4. März 2018 an der Freien Universität Berlin  
Der DGVT-Kongress 2018 bietet ein umfangreiches und spannendes Programm aus Forschung, Praxis, Gesundheits- und Berufspolitik.  
Überzeugen Sie sich selbst. Der Kongressführer und die Zeittafel sind in der Zwischenzeit online gestellt unter <https://www.dgvt-kongress.de/zeittafel/>  
Anmeldungen zum Kongress sind online über die Homepage <https://www.dgvt-kongress.de/> möglich.  
Wir freuen uns auf Sie 2018 in Berlin!  
Ihre Kongressplanungsgruppe  
*Monika Basqué, Waltraud Deubert, Wibke Dymel, Lina Koch, Anke Heier, Annett Kupfer, Kristin Pfeifer, Nina Romanczuk-Seiferth, Bernhard Scholten, Saskia Scholten, Katrin Thiemann, Philipp Pascal Victor, Birgit Wich-Knoten*